

## Der 60. Fischer Weltalmanach – das Ende einer Ära

»Der Weltalmanach ist ein Versuch, dem politisch, wirtschaftlich und kulturell Interessierten eine verlässliche Gedächtnisstütze zu sein, ihm Tatsachen in Erinnerung zu bringen, künftige Entwicklungen anzudeuten und Daten, Zahlen und Fakten zur Verfügung zu stellen.«

Diese Worte gab der damalige Herausgeber Gustav Fochler-Haucke 1959 der ersten Ausgabe des Fischer Weltalmanachs mit auf den Weg. Die Idee von dieser Kombination aus Jahresrückblick und Lexikon hatte der Verleger Gottfried Bermann Fischer aus dem Exil in den Vereinigten Staaten von Amerika mitgebracht, wo der »World Almanac« bereits ein Standardwerk war. Auch in Deutschland wurde das Konzept schnell zum Erfolg. Schon damals war das Kapitel **Staaten** das Herzstück des Weltalmanachs – allerdings sah die Welt 1959 ein wenig anders aus als heute: Man zählte nur 89 souveräne Staaten, denn weite Teile Afrikas standen noch unter Kolonialherrschaft, und in Zentralasien gehörten die meisten Staaten zur riesigen Sowjetunion.

Heute, 59 Jahre später, präsentieren wir stolz und wehmütig zugleich die **60. und letzte Ausgabe des Fischer Weltalmanachs**. Wie seine Vorgänger ist der 2019er *das* Nachschlagewerk zum politischen Zeitgeschehen mit aktuellen und zuverlässigen Zahlen, Daten und Fakten. Im neuen Fischer Weltalmanach 2019 steht alles Wissenswerte zu den (nun) 196 Staaten der Welt, zu Politik, Internationalen Organisationen, Wirtschaft und Umwelt – und durch alles zieht sich als roter Faden das aktuelle **Schwerpunktthema: Arbeit**.

Die **Themen der Welt** bieten mit dem Beitrag »Arbeitswelt der Zukunft« einen fundierten Einstieg in das Schwerpunktthema. Außerdem widmet sich das Kapitel mit den Themen Bevölkerung, Ernährung sowie Kriege, Krisen und Konflikte wichtigen globalen Herausforderungen.

Das Kapitel **Staaten** enthält im Rahmen ausführlicher Chroniken über die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der 196 Staaten zahlreiche gelb unterlegte Kästen zum Thema Arbeit: von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in **Afghanistan** über legale Kinderarbeit in **Bolivien**, Wanderarbeiter in der **VR China**, Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse in **Deutschland**, Versuche mit einem bedingungslosen Grundeinkommen in **Finnland**, Arbeitsmigration u. a. in **Lesotho**, dem Mechanisierungsprogramm für Kleinbauern in **Mosambik**, Arbeitskräftemangel in **Polen**, eingeschränkte Arbeitsmöglichkeiten für Frauen in **Saudi-Arabien**, Gewerkschaften in der **Türkei**, neue Arbeitsplätze durch Importstopp in **Uganda**, die Globalisierung der Schuhindustrie in **Vietnam** bis hin zu griechischen Arbeitern in der Republik **Zypern**.

Die **Basistabellen** umfassen dieses Jahr neben Kennziffern zu Bevölkerung, Wirtschaft und Militär auch Angaben zur Jugendarbeitslosigkeit weltweit.

Im Kapitel **Europäische Union** steht der »Brexit« im Fokus: Die Chronik informiert über den Stand der Verhandlungen ebenso wie über die bevorstehenden Veränderungen in der EU. Neben weiteren aktuellen Themen, darunter Flucht und Migration, Finanzkrise und Geldpolitik, gibt es zahlreiche Informationen zum Thema Arbeit und Mobilität in der EU.

Anlässlich des Schwerpunktthemas wird im Kapitel **Vereinte Nationen** und **Internationale Organisationen** in diesem Jahr die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und deren Bericht zu Weltbeschäftigung und sozialen Perspektiven vorgestellt. Ein weiterer Beitrag beschäftigt sich mit dem Engagement der ILO gegen Kinderarbeit.

Das Kapitel **Wirtschaft** bietet einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Weltwirtschaft und den wiedererstarkenden Protektionismus. Zahlreiche Tabellen und Grafiken liefern Daten zum Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit, Sonderbeiträge beschäftigen sich u. a. mit dem Gender Pay Gap, den »Working poor« und den Auswirkungen der Automatisierung im Verkehrsbereich auf den Arbeitsmarkt.

Das Kapitel **Umwelt** informiert u. a. über den Klimawandel und den Bonner Weltklimagipfel, die bedrohte biologische Vielfalt und speziell das große Insektensterben. Weitere Themen sind Wälder, Wasser, Ozeane, Umweltchemie und Nachhaltigkeit.

Abkürzungen, Definitionen und Quellenangaben finden sich im **Glossar**.

Zu guter Letzt danken wir allen, die den Fischer Weltalmanach in den vergangenen 60 Jahren zu einem zuverlässigen Nachschlagewerk gemacht haben: Herausgebern und Autoren, Redakteuren, Volontären, Korrektoren, Registermachern und Zahlenbändigern, Herstellern, Setzern, Karten- und Grafikmachern sowie allen anderen, die zum Gelingen der Reihe beigetragen haben.

Ein besonderes Dankeschön geht an unsere Leserinnen und Leser, die dem Weltalmanach jahre- und jahrzehntelang die Treue erwiesen haben, und an alle, die uns mit Hinweisen, Anregungen, Lob und Kritik viele Jahre lang geholfen und angespornt haben.

Die Redaktion, im August 2018

# Inhalt

Vorwort 5

## ■ Themen der Welt 9

Arbeitswelt der Zukunft 10  
Bevölkerung 14  
Ernährung 16  
Naturkatastrophen 18  
Raumfahrt 20  
Reichtum 22  
Kriege, Krisen und Konflikte 24

## ■ Staaten von Afghanistan bis Zypern 27

Landesstruktur, Bevölkerung, Staatsform,  
Regierung, Parteien, Wirtschaft und Chronik

Deutschland 105

Österreich 348

Schweiz 404

Polargebiete 522

## ■ Basisdaten, Flaggen, Karten 526

Staaten nach Größe 526  
Staaten nach Einwohnern 527  
Bevölkerung 1 528  
Bevölkerung 2 532  
Bildung und Gesundheit 536  
Wirtschaft, Militär und Arbeit 540

Flaggen 544

Weltkarte, Zeitzonen und Kontinentkarten 546

## ■ Europäische Union 557

Ziele, Zuständigkeiten, Entstehung und Entwicklung der EU, Mitgliedstaaten, Interne Politikbereiche (Auswahl), Außenbeziehungen, Organe und ausgewählte Einrichtungen, Haushalt, Chronik

ARBEIT

Informationen zum Schwerpunktthema **Arbeit** im Kapitel Themen der Welt, bei den einzelnen Staaten sowie in den Kapiteln Europäische Union, Internationale Organisationen und Wirtschaft

## ■ Internationale Organisationen 589

Vereinte Nationen (UN)  
Amnesty International, Arabische Liga, Afrikanische Union (AU), Europarat, Weltfußballverband (FIFA), Gruppe der Sieben (G7), Gruppe der 20 (G20), Internationale Atomenergieagentur (IAEA), Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), Internationale Organisation für Migration (IOM), Internationaler Strafgerichtshof (IStGH), Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO), Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), Organisation für erdölexportierende Länder (OPEC), Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Reporter ohne Grenzen (ROG), Welthandelsorganisation (WTO)

## ■ Wirtschaft 623

Weltwirtschaft, Staaten und Regionen, Ernährung und Rohstoffe, Energie, Industrie, Dienstleistungen

## ■ Umwelt 707

Klimawandel, Biologische Vielfalt, Wälder, Wasser, Ozeane, Umweltchemie, Nachhaltigkeit

## ■ Glossar 731

## 10 Arbeitswelt der Zukunft

Langzeitrends  
Technologischer Wandel  
Arbeitslosigkeit  
Jugendarbeitslosigkeit  
Demografischer Wandel  
Frauenerwerbstätigkeit  
Arbeitsmigration



## 14 Bevölkerung

Regionale Unterschiede  
Fertilität  
Lebenserwartung  
Kindersterblichkeit  
Migration  
Demografischer Wandel

## 16 Ernährung

Hunger  
Übergewicht und Fettleibigkeit

## 18 Naturkatastrophen

Opferzahlen  
Schadensereignisse und -werte  
Ausgewählte Naturkatastrophen  
Ursachen



## 20 Raumfahrt

Exoplaneten  
US-Raumfahrt  
Marsmission  
Saturnsonde Cassini  
Internationale Raumstation  
Umweltsatellit  
Internet aus dem All  
Private Raumfahrt  
»Die Astronautin«  
Rekord  
Weltraumlabor  
Afrika  
Weltraumschrott



## 22 Reichtum

Die Entwicklung im Überblick  
Globale Verteilung von Armut und Reichtum  
Vermögen nach Staaten  
Soziale Ungleichheit  
Individueller Reichtum  
Superreiche

## 24 Krieg, Krisen und Konflikte

Kriege und bewaffnete Konflikte  
Friedensmissionen



## Arbeitswelt der Zukunft

Die Arbeitswelt befindet sich derzeit in einem Umbruch, der häufig als **Arbeit 4.0** oder **4. industrielle Revolution** bezeichnet wird. Neben technologischen Innovationen werden auch Globalisierung und demografischer Wandel für eine tiefgreifende Veränderung der Arbeitswelt sorgen.

- Langzeitrends:** Nach Einschätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird der Anteil der Beschäftigten in der **Landwirtschaft** in Zukunft weiter deutlich abnehmen. Derzeit liegt er in Entwicklungsländern wie Äthiopien oder Nepal noch bei rd. 70 %, in Staaten mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich (Lower Middle Income/LMI), etwa in Indien, sind im Schnitt rd. 40 % der Erwerbstätigen im Agrarsektor beschäftigt. Mit 16 % deutlich niedriger liegt die Quote in Staaten mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich (Upper Middle Income/UMI), etwa der VR China oder Mazedonien. In den Industrieländern sind nur noch 3 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Den größten Beschäftigungsrückgang im Agrarsektor erwartet die ILO in LMI-Staaten: Dort soll sich der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung bis 2025 um 6 Prozentpunkte verringern. Auch im **produzierenden Sektor**, der Industrie, dem Bergbau und dem Baugewerbe, erwartet die ILO Stagnation bzw. Rückgänge. In diesem Sektor finden derzeit 10 % aller Erwerbstätigen in Entwicklungsländern Beschäftigung, 22 % in LMI-Staaten, 26 % in UMI-Staaten und 22 % in Industrieländern. In Letzteren hat sich der Anteil der Industriearbeitsplätze in den vergangenen 20 Jahren bereits um 5 Prozentpunkte verringert und soll bis 2025 um einen weiteren Prozentpunkt zurückgehen. Auch in vielen Entwicklungsländern- und LMI-Staaten wird sich nach Einschätzung der ILO die Zahl der Arbeitskräfte im produktiven Sektor nicht erhöhen. Diese Staaten werden demnach nicht dem für die Industriestaaten typischen Modernisierungsmodell folgen, wonach der Schwerpunkt der Wirtschaft sich von der Landwirtschaft zunächst auf die Industrie und erst dann auf den Dienstleistungssektor verlagert. Vielmehr zeigen viele Entwicklungsländer Anzeichen einer vorzeitigen Deindustrialisierung, die sich nach Angaben der ILO vermutlich weiter verschärfen wird. Denn technologische Innovationen und der Wandel der Produktionsbedingungen werden es diesen Staaten schwer machen, mit ihren Produkten auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein. Als Motor künftigen Beschäftigungswachstums sieht die ILO in erster Linie den **Dienstleistungssektor**: Mit einem Anteil von 21 % der Erwerbstätigen ist er in Entwicklungsländern derzeit noch deutlich unterrepräsentiert, wird seinen Anteil aber bis 2025 um 2 Prozentpunkte erhöhen.

In LMI-Staaten arbeiten derzeit knapp 40 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor, in UMI-Staaten 55 %. Bei beiden Ländergruppen rechnet die ILO bis 2025 mit einem Zuwachs von 5 Prozentpunkten. In den Industrieländern arbeiten derzeit 75 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor; bis 2025 soll sich dieser Anteil um etwas weniger als einen Prozentpunkt erhöhen.

- Technologischer Wandel:** Allgemein wird erwartet, dass Fortschritte in der **Entwicklung der Künstlichen Intelligenz** oder in der **Robotik** einen erheblichen Einfluss auf die zukünftige Arbeitswelt haben werden. Verschiedene Studien sind zu dem Ergebnis gekommen, dass in den nächsten Jahrzehnten knapp die Hälfte der gegenwärtigen Arbeitsplätze durch Automatisierung verloren gehen könnte. Auch die ILO geht in einer aktuellen Untersuchung zu den Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Arbeitsmarkt davon aus, dass sich die Arbeitswelt durch die technologische Entwicklung gravierend verändern wird. Gleichzeitig betont die Studie, dass technische Innovationen nicht nur Arbeitsplätze vernichten, sondern auch neue Arbeitsplätze entstehen lassen, etwa im Bereich Green Economy, Pflege oder Personaldienstleistungen. Welchen Nettoeffekt dieser Strukturwandel auf den Arbeitsmarkt haben werde, sei insofern noch nicht einzuschätzen.

- Arbeitslosigkeit:** Die meisten Experten rechnen damit, dass die Zahl der Arbeitsplätze ab- und die Arbeitslosigkeit zunehmen wird. So prognostiziert z. B. eine Studie der Bertelsmann-Stiftung einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa, Mittel- und Südamerika und Nordamerika bis 2050 auf durchschnittlich knapp 25 %. Die Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers geht davon aus, dass 38 % der Arbeitsplätze in den USA, 30 % in Großbritannien, 21 % in Japan und 35 % in Deutschland vom Wegfall durch Automatisierung bedroht sind. Als bedroht werden in der Regel Verwaltungs- und Verkaufstätigkeiten gesehen, auch die Arbeitsplätze im Transportgewerbe sind nach Einschätzung mancher perspektivisch unsicher. In der Landwirtschaft und im produzierenden Gewerbe soll es ebenfalls zu Arbeitsplatzverlusten durch Automatisierung kommen: So könnten beispielsweise im Textilgewerbe in → **Kambodscha** und Vietnam mehr als 80 % der Beschäftigten durch Maschinen ersetzt werden.

Kurzfristig rechnen die Arbeitsmarktexperten damit, dass die Zahl der Erwerbslosen in den Industrieländern leicht abnimmt, in den Schwellen- und Entwicklungsländern wegen des Bevölkerungswachstums dagegen bei unveränderter Arbeitslosenquote leicht ansteigen wird. Derzeit liegt die Zahl der Arbeitslosen (nach ILO) weltweit bei 190 Mio., was einer Arbeitslosenquote von 5,5 % entspricht. Würde man die Definition von Arbeitslosigkeit zugrunde legen, wie sie beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit verwendet, wäre die Zahl vermutlich höher. Denn

## Erläuterungen zu den Daten

**Staat**  
 Deutsche Bezeichnung der Staaten: Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch des Auswärtigen Amtes  
 Staatennamen in der jeweiligen Amtssprache des Staates  
**Zwei- bzw. Drei-Buchstaben-Code** nach DIN EN ISO 3166-1 zur Kodierung im Güter- und Warenverkehr, in Statistiken, bei Top-Level-Domains im Internet u. v. m.

**Fläche:** Angaben von UNdata und nationalen Statistikämtern; in Klammern der Weltrang

**Einwohner:** Angaben der Weltbank für 2017; in Klammern: Weltrang

**Bruttonationaleinkommen:** Angaben der Weltbank

**Währung:** Bundesbank, Kurse vom Mai 2018; bei EU-Staaten: Kurse vom 1. 7. 2018

### LANDESSTRUKTUR

**Fläche und Verwaltung:** Angaben von UNdata, nationalen Statistikämtern und anderen offiziellen Stellen  
**Städte:** Angaben nationaler statistischer Ämter; Z = letzte Volkszählung, F = Fortschreibung, S = Schätzung

### BEVÖLKERUNG

**Einwohner:** Ergebnisse der letzten Volkszählung (Z)  
**Bevölkerungszusammensetzung, Sprachen und Religionen:** nationale Angaben und Angaben anderer Stellen; zu Religionen → [Glossar](#), S. 731 ff.

Weitere Daten zur Bevölkerung, Bildung und Gesundheit → [Basisdaten](#), S. 530 ff.

### STAATS- UND REGIERUNGSFORM

Kurzinformationen zur Verfassung sowie zum politischen System, zur Unabhängigkeit und zum Nationalfeiertag

### REGIERUNG UND PARTEIEN

Angaben zu Politikern (**Staatspräsident, Regierungschef/in** und **Außenminister/in**) und ggf. Regierungen (Koalitionen): Stand: 15. 8. 2018.

**Parlament:** Sitzverteilung nach den letzten Wahlen, in Klammern: Sitzverteilung nach der vorangegangenen Wahl. Es wird das Wahlergebnis wiedergegeben und nicht eine spätere Entwicklung der Sitzverteilung, die z. B. durch Parteiaustritte oder -übertritte entstanden ist.

### WIRTSCHAFT

**BIP, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Inflation:** Angaben der Weltbank, von ILO, IWF und bei EU-Staaten von Eurostat, in der Regel Schätzungen;  
**Außenhandel:** Angaben von Germany Trade and Invest (gtai), WTO und nationalen Statistikämtern  
**Finanzierungssaldo und Staatsverschuldung:** Angaben von Eurostat, nur bei EU-Staaten  
**Anteil am Welthandel, Rücküberweisungen und Tourismus:** Angaben der WTO und der Weltbank, nur bei ausgewählten Staaten

Weitere ökonomische Daten → [Basisdaten](#), S. 530 ff.  
 Definitionen und Abkürzungen → [Glossar](#), S. 731 ff.

## Erklärungen zu den Karten

- Staatsgrenze
- - - Staatsgrenze umstritten
- Provinzgrenze
- Küstenlinie
- | — Fließgewässer | Kanal | Wadi
- | — Wasserfall | Stausee
- | — Salzsee | Sumpfgebiet | Korallen
- Wüste
- | — bedeutende Straße mit Pass
- Straße
- | — Straße mit Tunnel
- Eisenbahn
- Äquator
- ... südl. + nördl. Wendekreis/Polarkreis
- Netzlinien
- Datumlinie
- Hauptstadt
- | ■ Provinzhauptstadt, >Mio. | <Mio. Einw.
- | ● Millionenstadt | Stadt
- ▲ | 🌴 Berg | Oase
- ⦿ Ruinen, historische Stätten

- SCHWEIZ** Staatsname
- FRANKREICH** Nachbarland
- Burgenland** Bundesland/-staat/Kanton/Provinz
- Martinique** Außengebiet
- Korsika** Insel
- ATLANTIK** Ozean
- Mittelmeer** Meere
- Aralsee | Donau** See | Fluss
- Zugspitze** Berg
- Berner Alpen** Landschaft

## Afghanistan Zentral-Asien

Islamische Republik Afghanistan;  
 Di Afġānistān Islāmī Dawlat (paschtu);  
 Dowlat-e Eslāmī-ye Afġānestān (dari) – AF/AFG



**Fläche** (Weltrang: 40): 652 864 km<sup>2</sup>

**Einwohner** (40): 35 530 000 = 54 je km<sup>2</sup>

**Hauptstadt:** Kābol (Kabul)

**Amtssprachen:** Paschtu, Dari

**Bruttonationaleinkommen** 2017 je Einw.: 570 US-\$

**Währung:** 1 Afghani (Af) = 100 Puls  
 Kurs: 1 US-\$ = 71,37 Af; 1 € = 83,07 Af

**Zeitzone:** MEZ + 3,30 h

**Botschaft:** Taunusstr. 3, 14193 Berlin  
 T 030 20673510, Fax 030 20673525  
 www.botschaft-afghanistan.de

**LANDESSTRUKTUR** Fläche: 652 864 km<sup>2</sup> ■ **Verwaltung:** 34 Provinzen ■ **Städte:** (S 2017) Kābol (Kabul) 3 961 500 Einw., Herāt 506 900, Qandahār (Kandahar) 461 900, Mazār-i Sharif 427 600, Jalālābād 240 000, Kondūz (Kunduz) 167 100, Pol-i-Khomrī 113 500, Meymaneh 88 000, Sheberghān 85 900

**BEVÖLKERUNG** Afghanen – 42 % Paschtunen, 27 % Tadschiken, 9 % Hazara, 9 % Usbeken; außerdem Aimak, Nuristani, Balutschen, Turkmenen, Kirgisen u. a. ■ **Sprachen:** 50 % Dari (Persisch), 40 % Paschtu; Usbekisch u. a. ■ **Religion:** 99 % Muslime (80 % Sunniten, 19 % Schiiten, Minderheit von Ismailiten)

**STAATS- UND REGIERUNGSFORM** Verfassung von 2004 – Islamische Republik, Präsidialsystem – Staatsreligion: Islam – Parlament: Volksversammlung (Wolesi Dschirga) mit 249 Mitgl. (68 Sitze für Frauen reserviert); Wahl alle 5 J.; Ältestenrat (Meschrano Dschirga) mit 102 Mitgl. (1/3 von Regionalräten für 4 J., 1/3 von Distrikträten für 3 J. gewählt, 1/3 vom Staatsoberh. für 5 J. ernannt) – Direktwahl des Staatsoberhaupts alle 5 J. (einmalige Wiederwahl) – Wahlrecht ab 18 J. ■ **Unabhängigkeit:** 8. 8. 1919 (Vertrag von Rawalpindi) ■ **Nationalfeiertag:** 19. 8. (Unabhängigkeitstag)

**REGIERUNG UND PARLAMENT** **Staatspräsident:** Ashraf Ghani Ahmadzai (parteilos), seit 29. 9. 2014 ■ **1. Vizepräsident:** Abdul Rashid Dostum (Nationalislamische Bewegung Afghanistans/Jumbish), seit 29. 9. 2014 ■ **2. Vizepräsident:** Sarwar Danish (Islamische Einheitspartei Afghanistans/Hizb-e Wahdat), seit 29. 9. 2014 ■ **Administrationschef:** Abdullah Abdullah (Nationales Bündnis Afghanistans), seit 29. 9. 2014 ■ **Außenminister:** Salahuddin Rabbani (Islamische Vereinigung Afghanistans/Jamiat-e-Islami), seit 1. 2. 2015 ■ **Parlament:** Wahl zur Volksversammlung am 18. 9. 2010: 249 Einzelkandidaten



**WIRTSCHAFT** BIP 2017: 20,8 Mrd. US-\$; realer Zuwachs: 2,6 %; Anteil (2016) Landwirtschaft 21 %, Industrie 22 %, Dienstleistungen 53 % ■ **Erwerbstätigkeit:** k. A. ■ **Arbeitslosigkeit:** k. A. ■ **Inflation** Ø 2017: 5,0 % ■ **Außenhandel** 2017: **Import:** 7,7 Mrd. US-\$; **Güter** 2016: 18 % Nahrungsmittel, 11 % Kohle, 6 % Mess- u. Regeltechnik, 5 % Textilien u. Bekleidung, 5 % natürl. Öle, Fette, Wachse; **Länder** 2016: 19 % Iran, 18 % Pakistan, 17 % VR China, 10 % Kasachstan, 6 % Usbekistan, 5 % Turkmenistan, 4 % Malaysia; **Export:** 0,8 Mrd. US-\$; **Güter** 2016: 50 % Nahrungsmittel, 24 % Rohstoffe, 7 % Textilien u. Bekleidung; **Länder** 2016: 48 % Pakistan, 39 % Indien

## CHRONIK

■ **Bürgerkrieg:** Die Intensität des Konflikts zwischen Regierungskräften und Aufständischen war im Berichtszeitraum unverändert hoch. Nach einer Erhebung der BBC, die zwischen August und November 2017 durchgeführt wurde, war nur ein Drittel des Landes frei von Kämpfen und Anschlägen: 4 % der Landesfläche waren unter vollständiger Kontrolle der Taliban, 30 % wurden von der Regierung kontrolliert. 66 % des Landes erlebten regelmäßige Angriffe. Das US-Verteidigungsministerium kam zu einer abweichenden Lagebeurteilung und zum Schluss, dass 57 % der Landesfläche unter Kontrolle der Regierung seien. Aus umkämpften Provinzen, in denen die Taliban mit Regierungstruppen oder mit dem rivalisierenden sog. Islamischen Staat (IS) um die Vorherrschaft rangen, flohen 2017 laut einem Bericht des Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) 501 000 Menschen, davon allein 124 000 aus der Grenzprovinz Nangarhar, wo sich zum IS bekennende Gruppen besonders aktiv in Erscheinung traten. Anders als in den Vorjahren ließ die Gewalt auch in den Wintermonaten nicht nach. Allein bis zum Beginn der sog. Frühjahrsoffensive der Taliban zählte die UNAMA 108 000 weitere Binnenflüchtlinge. Im Mai konnten die Taliban Teile von Farah besetzen, bis sie mit Hilfe der US-Luftwaffe zurückgeschlagen wurden. Die **Intensivierung der Luftangriffe** auf die Taliban und die ihnen als Einnahmequelle dienenden Drogenlabore

## Parteien

im Bundestag der 19. Wahlperiode (2017–21) vertreten

### Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)



Vorsitzende: Dr. Angela Merkel  
Stellv. Vors.: Volker Bouffier, Julia Klöckner, Armin Laschet, Dr. Ursula von der Leyen, Thomas Strobl  
Generalsekretär: Annegret Kramp-Karrenbauer  
Mitgliederzahl (Stand 31. 12. 2017): 425 910  
www.cdu.de

### Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)



Vorsitzender: Horst Seehofer  
Stellv. Vors.: Dr. Kurt Gribl, Dr. Angelika Niebler, Dorothee Bär, Manfred Weber, Melanie Huml  
Generalsekretär: Markus Blume  
Mitgliederzahl (Stand 31. 12. 2017): 140 983  
www.csu.de

### Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



Vorsitzende: Andrea Nahles  
Stellv. Vors.: Marie-Luise »Malu« Dreyer, Natascha Kohnen, Thorsten Schäfer-Gümbel, Olaf Scholz, Manuela Schwesig, Ralf Stegner  
Generalsekretär: Lars Klingbeil  
Mitgliederzahl (Stand 31. 12. 2017): 443 152  
www.spd.de

### Alternative für Deutschland (AfD)



Vorsitzender: Prof. Dr. Jörg Meuthen, Alexander Gauland  
Stellv. Vors.: Georg Pazderski, Kay Gottschalk, Albrecht Glaser  
Mitgliederzahl (Stand 31. 12. 2017): 27 621  
www.afd.de

### Freie Demokratische Partei (FDP)



Vorsitzender: Christian Lindner  
Stellv. Vors.: Wolfgang Kubicki, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding  
Generalsekretärin: Nicola Beer  
Mitgliederzahl (Stand 31. 12. 2017): 63 050  
www.fdp.de

### Die Linke.

## DIE LINKE.

Vorsitzende: Katja Kipping, Bernd Rixinger  
Stellv. Vors.: Ali Al-Dailami, Simone Oldenburg, Tobias Pflüger, Martina Renner, Axel Troost, Janine Wissler  
Bundesgeschäftsführer: Jörg Schindler  
Mitgliederzahl (Stand 31. 12. 2017): 62 300  
www.die-linke.de



### Bündnis 90 / Die Grünen

Vorsitzende: Annalena Baerbock, Robert Habeck  
Stellv. Vors.: Gesine Akena, Jamila Schäfer  
Politischer Bundesgeschäftsführer: Michael Kellner  
Mitgliederzahl (Stand 31. 12. 2017): 65 065  
www.gruene.de

## Arbeitgeberverbände (Auswahl)

### Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA)

Präsident: Ingo Kramer  
www.arbeitgeber.de

### Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)

Präsident: Dieter Kempf  
www.bdi.eu

### Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)

Präsident: Dr. Eric Schweitzer  
www.dihk.de

### Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZdH)

Präsident: Hans Peter Wollseifer  
www.zdh.de

## Arbeitnehmerverbände (Auswahl)

### Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)



Bundesvorstand  
Vorsitzender: Reiner Hoffmann  
Stellv. Vorsitzende: Elke Hannack  
Mitgliederzahl (2017): 5 995 437  
www.dgb.de

### IG Metall



Bundesvorstand  
Erster Vorsitzender: Jörg Hofmann  
Zweite Vorsitzende: Christiane Benner  
Mitgliederzahl (2017): 2 262 661  
www.igmetall.de

### Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft



Bundesvorstand  
Vorsitzender: Frank Bsirske  
Stellv. Vorsitzende: Andrea Kocsis, Frank Werneke  
Mitgliederzahl (2017): 1 987 336  
www.verdi.de

**Baden-Württemberg****Fläche:** 35 748,28 km<sup>2</sup>**Einwohner:** 10 951 893**Bevölkerungsdichte:** 306 Einwohner je km<sup>2</sup>**Hauptstadt:** Stuttgart**Landtag von Baden-Württemberg****Präsidentin:** Muhterem Aras (B'90/Grüne)

Konrad-Adenauer-Str. 3,

70173 Stuttgart

www.landtag-bw.de

Letzte Landtagswahl am 13. 3. 2016:

30,3 % B'90/Grüne, 27,0 % CDU, 15,1 % AfD,

12,7 % SPD, 8,3 % FDP, 2,9 % Die Linke., 1,0 % ALFA

Verteilung der 143 Sitze: 47 B'90/Grüne, 42 CDU,

23 AfD, 19 SPD, 12 FDP

Nächste Wahl: voraussichtlich Frühjahr 2021

**Regierung des Landes Baden-Württemberg****Ministerpräsident**

Winfried Kretschmann (B'90/Grüne)

Richard-Wagner-Str. 15, 70184 Stuttgart

T 0711 2153-0

Leiter der Staatskanzlei:

Staatssekretär Klaus-Peter Murawski (B'90/Grüne)

Bevollmächtigter des Landes beim Bund:

Volker Ratzmann (B'90/Grüne)

www.baden-wuerttemberg.de

**Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration**

Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Min. Thomas Strobl (CDU)

**Ministerium für Finanzen**

Min. Edith Sitzmann (B'90/Grüne)

**Ministerium für Justiz und Europa**

Min. Guido Wolf (CDU)

**Ministerium für Kultur, Jugend und Sport**

Min. Dr. Susanne Eisenmann (CDU)

**Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

Min. Theresia Bauer (B'90/Grüne)

**Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz**

Min. Peter Hauk (CDU)

**Ministerium für Soziales und Integration**

Min. Manfred Lucha (B'90/Grüne)

**Ministerium für Verkehr**

Min. Winfried Hermann (B'90/Grüne)

**Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft**

Min. Franz Untersteller (B'90/Grüne)

**Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau**

Min. Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU)

**CHRONIK**

- **Koalitionskrise:** Am 23. 1. 2018 lehnte die CDU im Landtag eine Reform des Wahlrechts einstimmig ab. Die Reform war im Koalitionsvertrag von Grünen und CDU vereinbart worden. Ziel war, die Zahl der Frauen im Parlament zu erhöhen. Gegner befürchteten, die Reform werde den Einfluss der Parteibasis verringern. Das Nein der CDU löste eine Koalitionskrise aus. Über Monate wurde erfolglos nach einem Kompromiss gesucht. Nach einem Treffen des Koalitionsausschusses am 24. 4. erklärte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (B'90/Grüne), die CDU-Fraktion habe den Koalitionsvertrag verletzt. Er bekannte sich dennoch zum grün-schwarzen Regierungsbündnis.
- **Neues Polizeigesetz:** Am 15. 11. 2017 beschloss der Landtag mit den Stimmen von Grünen, CDU und SPD das neue Polizeigesetz. Danach können Telefongespräche präventiv abgehört werden. Bei Gefahr für Leib und Leben dürfen Ermittler auch WhatsApp-Nachrichten mitlesen, bevor sie verschlüsselt werden. Abhören ist künftig ohne die Erlaubnis eines Richters möglich. Diese muss spätestens drei Tage nach dem Beginn der Überwachung eingeholt werden. Die Novelle sieht zudem vor, dass Spezialeinheiten der Polizei mit Sprengstoff ausgestattet werden. Gleichzeitig mit der Verabschiedung der Polizeigesetznovelle wurde das seit 2010 geltende **Verkaufsverbot von Alkohol in der Nacht aufgehoben**. Stattdessen können Kommunen den Konsum von Alkohol an bestimmten Plätzen verbieten, um Alkoholexzesse zu verhindern.
- **Diesel-Fahrverbote:** Am 11. 7. 2018 verständigten sich Grüne und CDU wegen der schlechten Feinstaubwerte auf ein Fahrverbot in Stuttgart für ältere Dieselfahrzeuge (Euro 4 und älter) ab 2019. Außerdem sollen 450 Mio. € in die Elektromobilität und den öffentlichen Nahverkehr fließen. Betroffen sind im Großraum Stuttgart rd. 188 000 Fahrzeuge. Ein Fahrverbot für Euro-5-Diesel sollte zunächst vermieden werden (→ Chronik).
- **Abrechnungs betrug:** Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt gegen mehr als 20 Verdächtige im Abrechnungsskandal der Internationalen Abteilung des Stuttgarter Klinikums. Ihnen wird u. a. vorgeworfen, 2013 und 2014 nichterbrachte Leistungen in Millionenhöhe für ausländische Patienten abgerechnet und Provisionen kassiert zu haben.
- **OB-Wahl:** Bei der Wahl zum Oberbürgermeister in Freiburg siegte Martin Horn (parteilos) am 6. 5. 2018 im zweiten Wahlgang mit 44,2%. In der Stichwahl reichte die einfache Mehrheit. Dieter Salomon (B'90/Grüne), der das Amt seit 16 Jahren innehatte, kam auf 30,7%.



Winfried Kretschmann

Wie in vielen europäischen Staaten wurde das politische System auf eine Probe gestellt. Bisher vertraute Stabilität ging wegen schwieriger Mehrheitsverhältnisse nach der Bundestagswahl vom 24. 9. 2017, der Krise der großen Volksparteien und des Aufstiegs der rechts-populistischen AfD verloren. Die Sondierungsgespräche über eine Jamaika-Koalition waren langwierig und scheiterten schließlich. Die SPD tat sich sehr schwer, noch einmal über eine große Koalition zu verhandeln. Nach dem miserablen Wahlergebnis hatte sich die SPD-Spitze vorgenommen, die Partei aus der Opposition heraus zu erneuern. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier drängte die SPD schließlich, doch noch über eine Neuauflage der großen Koalition zu sondieren. So verging zwischen der Bundestagswahl und dem Tag der Vereidigung der neuen Regierung fast ein halbes Jahr. Es war die längste Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie brach mit der Union und der SPD zwei Partner zusammen, die bei der Wahl beide deutlich an Stimmen verloren hatten und am Ende der letzten Legislaturperiode die alte Große Koalition aufgrund inhaltlicher Differenzen nur mühsam hatten zusammenhalten können.

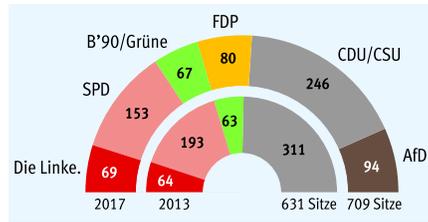
Kaum drei Monate im Amt kündigte Innenminister Horst Seehofer (CSU) an, im Konflikt um die Asylpolitik notfalls gegen die Leitlinien von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zu handeln. Damit brachte Seehofer die Republik im Juni 2018 an den Rand einer Staatskrise: »Wir haben alle in deren Abgrund geschaut«, kommentierte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU). Am Ende schreckten Seehofer und die CSU vor der offenen Rebellion zurück, die vermutlich den Bruch der Koalition und der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU bedeutet hätte. Auch die Europäische Union (EU) wäre in eine neue Krise geschlittert, da Seehofers Pläne zur Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze vor allem Österreich, Italien und Griechenland belastet hätten. Am Ende gingen Seehofer und Merkel geschwächt aus der Konfrontation hervor.

International war Deutschland während der Regierungsbildung faktisch handlungsunfähig. Der Vorschlag von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zur umfassenden Reform der EU blieb lange unbeantwortet. Trotzdem war Deutschland unter Kanzlerin Merkel weiterhin ein Anker innerhalb der EU, der G7 und der NATO vor allem gegen die erratischen Angriffe von Donald Trump. Der US-Präsident kritisierte Deutschland immer wieder scharf, wegen der in seinen Augen unfairen Handelsüberschüsse gegenüber den USA und den niedrigen Rüstungsausgaben, und drohte mit Konsequenzen.

**BUNDESREGIERUNG UND BUNDESTAG**

■ **Bundestagswahl 2017:** Die Union blieb stärkste politische Kraft in Deutschland. CDU und CSU erreichten bei der Bundestagswahl am 24. 9. 2017 allerdings nur

**Deutschland: Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24.9.2017 (2013)**



32,9 %, ein Minus von 8,6 Prozentpunkten. Die CSU, die nur in Bayern antritt, verzeichnete dort mit 38,8 % ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949. Noch tiefer stürzte die SPD. Sie verlor 5,2 Prozentpunkte und kam auf 20,5 %, das schlechteste Ergebnis für die Sozialdemokraten bei Bundestagswahlen. Die AfD kandidierte zum zweiten Mal für den Bundestag und ging aus den Wahlen mit 12,6 % (+7,9) als drittstärkste Kraft hervor. Die FDP erreichte 10,7 % und konnte ihr Stimmresultat mehr als verdoppeln (+5,9). Die Liberalen kehrten damit nach vier Jahren wieder in den Deutschen Bundestag zurück. Auch Die Linke mit 9,2 (+0,6) und die Grünen mit 8,9 % (+0,5) verbesserten sich leicht. Die Wahlbeteiligung stieg auf 76,2 %, ein Plus von 4,7 Prozentpunkten im Vergleich zur Bundestagswahl 2013.

■ **Bundestag:** Am 24. 10. 2017 konstituierte sich der 19. Deutsche Bundestag. Das Parlament wählte Wolfgang Schäuble (CDU) zum neuen Präsidenten. Schäuble erhielt 501 Stimmen, 173 Abgeordnete stimmten gegen ihn. Es gab 30 Enthaltungen. Zu Vizepräsidenten wurden Hans-Peter Friedrich (CSU), Thomas Oppermann (SPD), Petra Pau (Die Linke), Claudia Roth (B'90/Grüne) sowie Wolfgang Kubicki (FDP) gewählt. Der Kandidat der AfD, Albrecht Glaser, fiel in drei Wahlgängen durch. Die anderen Parteien warfen ihm vor, sich islamfeindlich geäußert zu haben. Glaser hatte Muslimen das im Grundgesetz garantierte Recht auf Religionsfreiheit abgesprochen. Die AfD-Fraktion hielt dennoch an ihrem Kandidaten fest; der Ältestenrat des Bundestages entschied am 18. 1. 2018, keine weitere Wahl von Albrecht Glaser zu erlauben. Die AfD nominierte keinen neuen Kandidaten. Der Vizepräsidentenposten, der der AfD zusteht, blieb vakant.

■ **Regierungsbildung:** Noch am Wahlabend erklärte SPD-Chef Martin Schulz, er schließe eine weitere Große Koalition aus. Damit verblieb als einzig mögliche Regierungsoption ein Bündnis aus CDU und CSU sowie von FDP und Grünen, kurz Jamaika. Bereits einen Tag nach der Wahl erklärten Grüne und FDP, sie seien bereit, über Jamaika zu sondieren.

Bevor die Gespräche über eine mögliche Koalition begannen, drängte die CSU darauf, mit der CDU eine gemeinsame Unionsposition in der Flüchtlingsfrage zu bestimmen. Der CSU ging es vor allem darum, ihr Versprechen aus dem Wahlkampf, eine Obergrenze von 200 000 Flüchtlingen zu verankern, einzulösen. Bei



### Republik Adygien (Adygeja)

Südlicher Bezirk



**Fläche:** 7600 km<sup>2</sup> ■ **Bevölkerung** F 2017: 453 366 Einw. – 2010: 63,6 % Russen, 25,2 % Adygier, 3,7 % Armenier, 1,4 % Ukrainer u. a. ■ **Sprachen:** Adygeisch, Tscherkessisch, Russisch ■ **Religion:** Muslime (Adygier), Orthodoxe ■ **Hauptstadt** Maikop F 2017: 143 343 Einw. ■ **Regierung:** Präsident Murat Kumpilow, seit 12. 1. 2017

### Republik Altai (Altaj)

Sibirien



**Fläche:** 92 600 km<sup>2</sup> ■ **Bevölkerung** F 2017: 217 007 Einw. – 2010: 56,6 % Russen, 33,9 % Altaier, 6,2 % Kasachen u. a. ■ **Sprachen:** Altaisch, Russisch ■ **Religion:** Buddhisten (Altaier), Muslime (Kasachen), Orthodoxe ■ **Hauptstadt** Gorno-Altai F 2017: 63 295 Einw. ■ **Regierung:** Vorsitzender der Regierung Aleksandr Berdnikow, seit 20. 1. 2006

### Republik Baschkortostan

(Baškortostan) Wolga



**Fläche:** 143 600 km<sup>2</sup> ■ **Bevölkerung** F 2017: 4 066 972 Einw. – 2010: 36,1 % Russen, 29,5 % Baschkiren, 25,4 % Tataren, 2,7 % Tschuwaschen, 2,6 % Mari u. a. ■ **Sprachen:** Baschkirisch, Russisch, Tatarisch u. a. ■ **Religion:** Muslime (Baschkiren u. Tataren), Orthodoxe ■ **Hauptstadt** Ufa F 2017: 1 115 560 Einw. ■ **Regierung:** Präsident Rustem Chamitow, seit 19. 7. 2010

### Republik Burjatien (Burjatija)

Sibirien



**Fläche:** 351 300 km<sup>2</sup> ■ **Bevölkerung** F 2017: 984 134 Einw. – 2010: 66,1 % Russen, 30,0 % Burjaten u. a. ■ **Sprachen:** Burjatisch, Russisch ■ **Religion:** Buddhismus (Burjaten), Orthodoxe ■ **Hauptstadt** Ulan-Ude F 2017: 431 922 Einw. ■ **Regierung:** Präsident Alexei Tsidenow, seit 7. 2. 2017

### Republik Chakassien (Hakasija)

Sibirien



**Fläche:** 61 900 km<sup>2</sup> ■ **Bevölkerung** F 2017: 537 668 Einw. – 2010: 79,6 % Russen, 12,0 % Chakassen, 1,1 % Deutsche u. a. ■ **Sprachen:** Chakassisch, Russisch ■ **Religion:** Orthodoxe, Muslime, indigene Religionen ■ **Hauptstadt** Abakan F 2017: 181 709 Einw. ■ **Regierung:** Vorsitzender der Regierung Wiktor Simin, seit 15. 1. 2009

### Republik Dagestan

Nordkaukasus



**Fläche:** 50 300 km<sup>2</sup> ■ **Bevölkerung** F 2017: 3 041 900 Einw. – 2010: 29,2 % Awaren, 17,0 % Darginer, 14,9 % Kumyken, 13,3 % Lesgier, 5,6 % Laken, 4,5 % Aserbaidschaner, 4,1 % Tabassaranen, 3,6 % Russen, 3,2 % Tschetschenen u. a. ■ **Sprachen:** Russisch, Awarisch, Darginisch, Lesgisch, Kumykisch und ca. 35 weitere Regionalsprachen ■ **Religion:** v. a. Muslime (Sunniten) ■ **Hauptstadt** Machatschkala F 2017: 592 976 Einw. ■ **Regierung:** Präsident (amtierend) Wladimir Wasiljew, seit 3. 10. 2017

### Republik Inguschetien (Ingušetija)

Nordkaukasus



**Fläche:** 3600 km<sup>2</sup> ■ **Bevölkerung** F 2017: 480 474 Einw. – 2010: 93,5 % Inguschen, 4,5 % Tschetschenen u. a. ■ **Sprachen:** Inguschisch, Russisch ■ **Religion:** v. a. Muslime (Sunniten) ■ **Hauptstadt** Magas F 2017: 7818 Einw. ■ **Regierung:** Präsident Junus-Bek Jewkurov, seit 31. 10. 2008

### Republik Kabardinien-Balkarien

(Kabardino-Balkarija) Nordkaukasus



**Fläche:** 12 500 km<sup>2</sup> ■ **Bevölkerung** F 2017: 864 454 Einw. – 2010: 57,0 % Kabardiner, 22,5 % Russen, 12,6 % Balkaren, 1,6 % Türken, 1,1 % Osseten u. a. ■ **Sprachen:** Kabardinisch, Balkarisch, Russisch ■ **Religion:** v. a. Muslime (Sunniten) ■ **Hauptstadt** Naltschik F 2017: 239 200 Einw. ■ **Regierung:** Präsident Juri Kokow, seit 6. 12. 2013

### Republik Kalmückien (Kalmykija)

Südlicher Bezirk



**Fläche:** 76 100 km<sup>2</sup> ■ **Bevölkerung** F 2017: 277 803 Einw. – 2010: 57,4 % Kalmücken, 30,2 % Russen, 2,6 % Darginer, 1,7 % Kasachen, 1,2 % Tschetschenen u. a. ■ **Sprachen:** Kalmyk, Russisch ■ **Religion:** Buddhisten (Kalmücken), Orthodoxe ■ **Hauptstadt** Elista F 2017: 103 899 Einw. ■ **Regierung:** Präsident Alexei Orlow, seit 24. 10. 2010

### Republik Karatschai-Tscherkessien

(Karačajewo-Čerkesija) Nordkaukasus



**Fläche:** 14 100 km<sup>2</sup> ■ **Bevölkerung** F 2017: 466 432 Einw. – 2010: 40,7 % Karatschailer, 31,4 % Russen, 11,8 % Tscherkessen, 7,7 % Abasinen, 3,3 % Nogaier u. a. ■ **Sprachen:** Karatschaisch, Tscherkessisch, Abasinisch, Russisch ■ **Religion:** v. a. Muslime (Sunniten) ■ **Hauptstadt** Tscherkessk F 2017: 122 478 Einw. ■ **Regierung:** Präsident Raschid Temresow, seit 1. 3. 2011

**Kanton Aargau**

Sitz des Regierungsrats: Aarau  
 Amtsperiode 1. 1. 2017–31. 12. 2020

**Landammann 2018**

Alex Hürzeler (SVP)

**Landstatthalter 2018**

Urs Hofmann (SP)

**Regierungsräte**

Stephan Attiger (FDP); Markus Dieth (CVP);

Franziska Roth (SVP)

www.ag.ch

**Kanton Appenzell Ausserrhoden**

Sitz des Regierungsrats: Herisau  
 Amtsperiode 1. 6. 2015–31. 5. 2019

**Landammann 2017–19**

Paul Signer (FDP)

**Stellvertreter 2017–19**

Dr. Matthias Weishaupt (SP)

**Regierungsräte**

Dölf Biasotto (FDP); Köbi Frei (SVP);

Alfred Stricker (parteilos)

www.ar.ch

**Kanton Appenzell Innerrhoden**

Sitz der Standeskommission: Appenzell  
 Amtsperiode 1. 6. 2015–31. 5. 2019

**Landammann 2017–19**

Dr. Daniel Fässler (CVP)

**Stillstehender Landammann 2017–19**

Roland Inauen (parteilos)

**Regierungsräte**

Martin Bürki (CVP); Ruedi Eberle (SVP);

Antonia Fässler (CVP); Stefan Müller (parteilos);

Ruedi Ulmann (CVP)

www.ai.ch

**Kanton Basel-Landschaft**

Sitz des Regierungsrats: Liestal  
 Amtsperiode 1. 7. 2015–30. 6. 2019

**Präsidentin 2018 / 19**

Monica Gschwind (FDP)

**Vizepräsident 2018 / 19**

Isaac Reber (Grüne)

**Regierungsräte:** Dr. Anton Lauber (CVP); Dr. Sabine Pe-

goraro (FDP); Thomas Weber (SVP)

www.baselland.ch

**Kanton Basel-Stadt**

Sitz des Regierungsrats: Basel  
 Amtsperiode 1. 2. 2017–31. 1. 2021

**Präsidentin 2017–21**

Elisabeth Ackermann (Grüne)

**Vizepräsidentin 2017–21**

Dr. Eva Herzog (SP)

**Regierungsräte**

Christoph Brutschin (SP); Dr. Conradin Cramer (LDP);

Baschi Dürr (FDP); Dr. Lukas Engelberger (CVP);

Dr. Hans-Peter Wessels (SP)

www.bs.ch

**Kanton Bern**

Sitz des Regierungsrats: Bern  
 Amtsperiode 1. 6. 2018–31. 5. 2022

**Präsident 2018 / 19**

Christoph Neuhaus (SVP)

**Vizepräsident 2018 / 19**

Christoph Ammann (SP)

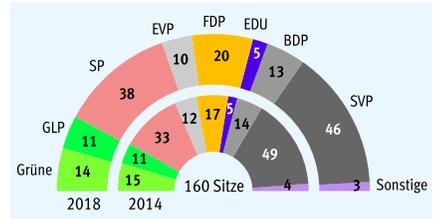
**Regierungsräte**

Evi Allemann (SP); Christine Häslar (Grüne);

Philippe Müller (FDP); Pierre Alain Schnegg (SVP);

Beatrice Simon (BDP)

www.be.ch

**Bern: Wahlen zum Grossen Rat am 25.3.2018 (2014)****Kanton Freiburg / Canton de Fribourg**

Sitz des Staatsrats/ Conseil d'Etat: Freiburg/Fribourg  
 Amtsperiode 1. 1. 2017–31. 12. 2021

**Präsident 2018**

Georges Godel (CVP)

**Vizepräsident 2018**

Jean-Pierre Siggen (CVP)

**Staatsräte**

Didier Castella (FDP); Olivier Curty (CVP);

Anne-Claude Demierre (SP); Maurice Ropraz (FDP);

Jean-François Steiert (SP)

www.fr.ch

	Fläche in km <sup>2</sup>	Einwohner 2017	Bevölkerungs- dichte	Städtische Bevölkerung in % 2017	Lebens- erwartung 2016	Bevölkerung unter 15 J. über 65 J. in % 2017	
Afghanistan	652 864	35 530 000	54	28	64	43	3
Ägypten	1 002 000	97 553 000	97	43	71	33	5
Albanien	28 748	2 873 000	100	59	78	17	13
Algerien	2 381 741	41 318 000	17	72	76	29	6
Andorra	468	77 000	165	84	–	–	–
Angola	1 246 700	29 784 000	24	46	62	47	2
Antigua und Barbuda	442	102 000	231	23	76	24	7
Äquatorialguinea	28 051	1 268 000	45	40	58	37	3
Argentinien	2 780 400	44 271 000	16	92	77	25	11
Armenien	29 743	2 930 000	99	62	75	20	11
Aserbaidshjan	86 600	9 862 000	114	55	72	23	6
Äthiopien	1 104 300	104 957 000	95	20	65	41	4
Australien	7 692 024	24 599 000	3	90	83	19	16
Bahamas	13 940	395 000	28	83	76	20	9
Bahrain	771	1 493 000	1 936	89	77	20	2
Bangladesch	147 570	164 670 000	1 116	36	72	28	5
Barbados	430	286 000	665	31	76	19	15
Belgien	30 528	11 372 000	373	98	81	17	19
Belize	22 966	375 000	16	44	70	31	4
Benin	114 763	11 176 000	97	45	61	43	3
Bhutan	38 394	808 000	21	40	70	27	5
Bolivien	1 098 581	11 052 000	10	69	69	32	7
Bosnien und Herzegowina	51 129	3 507 000	69	40	77	14	17
Botsuana	582 000	2 292 000	4	58	67	31	4
Brasilien	8 515 767	209 288 000	25	86	76	22	9
Brunei Darussalam	5 765	429 000	74	78	77	23	5
Bulgarien	111 002	7 076 000	64	75	75	14	21
Burkina Faso	274 200	19 193 000	70	32	60	45	2
Burundi	27 834	10 864 000	390	13	57	45	3
Cabo Verde	4 033	546 000	135	67	73	30	4
Chile	756 102	18 055 000	24	90	80	20	11
China, Rep. (Taiwan)	36 197	23 540 000	650	–	–	–	–
China, Volksrepublik	9 596 961	1 394 409 000	145	58	76	18	11
Costa Rica	51 100	4 906 000	96	78	80	22	9
Côte d'Ivoire	322 463	24 295 000	75	56	54	42	3
Dänemark	42 925	5 770 000	134	88	81	16	20
Deutschland	357 578	82 695 000	231	76	81	13	21
Dominica	750	74 000	99	70	–	–	–
Dominikanische Republik	48 661	10 767 000	221	81	74	29	7
Dschibuti	23 200	957 000	41	78	62	31	4
Ecuador	257 217	16 625 000	65	64	76	28	7
El Salvador	21 041	6 378 000	303	68	74	27	8
Eritrea	117 600	4 955 000	42	–	65	–	–
Estland	45 227	1 315 000	29	67	78	16	19
Fidschi	18 272	906 000	50	54	70	28	6
Finnland	338 435	5 511 000	16	84	82	16	21
Frankreich	543 965	67 119 000	123	80	82	18	20
Gabun	267 668	2 025 000	8	88	66	36	4
Gambia	11 295	2 101 000	186	61	61	45	2
Georgien	69 700	3 717 000	53	54	73	19	15
Ghana	238 537	28 834 000	121	55	63	39	3

- 557 Ziele, Zuständigkeiten, Entstehung und Entwicklung der EU
- 559 Mitgliedstaaten
- 560 Interne Politikbereiche (Auswahl)
- 565 Außenbeziehungen
- 570 Organe und ausgewählte Einrichtungen
- 578 Haushalt
- 579 Chronik

## Ziele, Zuständigkeiten, Entstehung und Entwicklung der EU

Die EU ist eine Gemeinschaft souveräner Staaten, die die Mitgliedstaaten Zuständigkeiten zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele übertragen haben. Von den EU-Organen erlassene Rechtsakte haben Vorrang vor nationalem Recht.

Durch den Vertrag von Lissabon (in Kraft 1. 12. 2009) wurden die Verträge, die die Grundlage der EU bilden, geändert: der Vertrag über die Europäische Union (EU-Vertrag) und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, der in Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag) umbenannt wurde. Beide Verträge sind rechtlich gleichrangig. Die EU erhielt Rechtspersönlichkeit; sie trat an die Stelle der Europäischen Gemeinschaft (EG), deren Rechtsnachfolgerin sie ist. Damit verbunden war die Abschaffung der drei Pfeiler der EU. Das Gemeinschaftsrecht wurde zum EU-Recht, das auch alle Bestimmungen umfasst, die in der Vergangenheit aufgrund der Verträge in ihrer Fassung vor dem Vertrag von Lissabon ergangen sind. Neben der EU besteht die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) mit eigener Rechtspersönlichkeit fort.

Die EU gründet sich auf die Werte Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte. Im Falle einer schwerwiegenden anhaltenden Verletzung dieser Werte durch einen Mitgliedstaat können bestimmte Mitgliedschaftsrechte ausgesetzt werden.

- **Ziele:** U. a. Förderung von Frieden, Werten und Wohlergehen der Völker der Union; nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität; wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt; Umweltschutz; Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierungen jeglicher Art; Förderung von sozialer Gerechtigkeit, sozialem Schutz und Gleichstellung von Frauen und Männern; Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten; Schutz des kulturellen Erbes.

In ihren Beziehungen zu Drittstaaten schützt und fördert die EU ihre Werte und Interessen; Beitrag zum Schutz ihrer Bürger, zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Armutsbeseitigung und zum Schutz der Menschenrechte sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der UN-Charta.

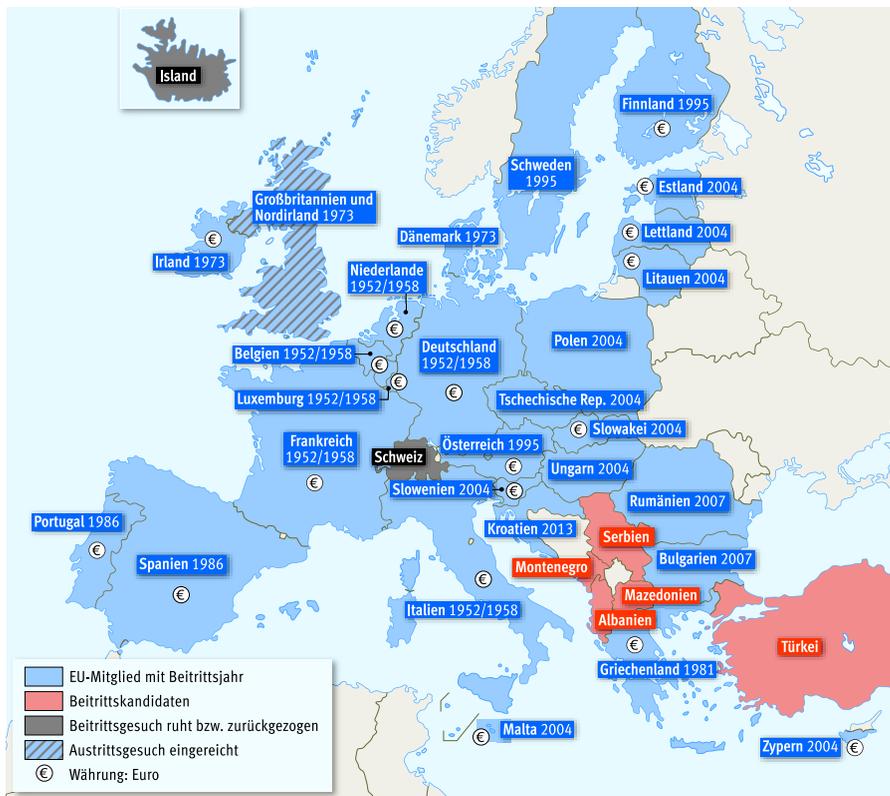
Diese allgemeinen Ziele werden durch spezifische Ziele der verschiedenen Politikbereiche ergänzt.

- **Zuständigkeiten:** Für die Abgrenzung der Zuständigkeiten von EU und Mitgliedstaaten gilt der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung. Alle der EU nicht in den Verträgen übertragenen Kompetenzen verbleiben bei den Mitgliedstaaten.

In einem Politikbereich mit **ausschließlicher Zuständigkeit der EU** kann nur die Union gesetzgeberisch tätig werden; die Mitgliedstaaten dürfen nur handeln, wenn sie von der EU dazu ermächtigt wurden, oder um EU-Rechtsakte durchzuführen: Zollunion, Festlegung der für das Funktionieren des Binnenmarkts erforderlichen Wettbewerbsregeln, Währungspolitik für die Mitgliedstaaten des Euroraums, Erhaltung der biologischen Meeresschätze im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik, gemeinsame Handelspolitik und Abschluss bestimmter internationaler Übereinkünfte.

Bei einer mit den Mitgliedstaaten **geteilten Zuständigkeit der EU** werden die Mitgliedstaaten gesetzgeberisch tätig, sofern und soweit die EU ihre Zuständigkeit nicht ausübt. Dies betrifft v. a. die Bereiche Binnenmarkt, bestimmte Aspekte der Sozialpolitik, wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Landwirtschaft und Fischerei (ohne Erhaltung der biologischen Meeresschätze), Umwelt, Verbraucherschutz, Verkehr, transeuropäische Netze, Energie, Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie gemeinsame Sicherheitsanliegen im Bereich der öffentlichen Gesundheit; in den Bereichen Forschung, technologische Entwicklung, Raumfahrt, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe darf die Ausübung der Unionszuständigkeit die Mitgliedstaaten nicht hindern, ihre Zuständigkeit weiter auszuüben.

**Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung** der Maßnahmen der Mitgliedstaaten kann die EU treffen in den Bereichen Gesundheitswesen, Industrie, Kultur, Tourismus, Bildung, Jugend und Sport, Katastrophenschutz und Verwaltungszusammenarbeit; EU-Rechtsakte in diesen Bereichen dürfen keine Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten beinhalten.



## Mitgliedstaaten

Seit 1. 7. 2013 hat die EU 28 Mitgliedstaaten mit zusammen über 511 Mio. Einwohnern und einer Gesamtfläche von 4,4 Mio. km<sup>2</sup> (→ Karte). Die Außengebiete der EU-Staaten gehören entweder zur EU oder sind dieser assoziiert, ausgenommen Färöer (DK) sowie die Kanalinseln und die Insel Man (UK). In der Republik Zypern ist die Anwendung des gemeinschaftlichen Besitzstands auf die Landesteile, auf die die Regierung der Republik Zypern keine tatsächliche Kontrolle ausübt, d. h. auf den vom EU-Beitrittskandidaten Türkei militärisch besetzten Nordteil der Insel, vorerst ausgesetzt. Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland hat am 29. 3. 2017 einen Antrag zum Austritt aus der EU eingereicht.

## Amtssprachen (24)

Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Kroatisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch

und Ungarisch. In begrenztem Umfang können zusätzlich von den Mitgliedstaaten auf nationaler oder regionaler Ebene anerkannte Sprachen auf Antrag und auf eigene Kosten verwendet werden.

## Beitritts-gesuche

**Albanien** (28. 4. 2009; seit 27. 6. 2014 Beitrittskandidat), **Bosnien und Herzegowina** (15. 2. 2016), **Island** (23. 7. 2009; seit 17. 6. 2010 Beitrittskandidat; auf Antrag der isländischen Regierung vom 12. 3. 2015 wird Island nicht mehr als EU-Beitrittskandidat angesehen), **Mazedonien** (22. 3. 2004; seit 16. 12. 2005 Beitrittskandidat), **Montenegro** (15. 12. 2008; seit 17. 12. 2010 Beitrittskandidat; Beitrittsverhandlungen am 29. 6. 2012 eröffnet), **Schwiz** (Bundesrat und Ständerat beschlossen am 1. 3. bzw. 15. 6. 2016, das Beitritts-gesuch vom 26. 5. 1992 zurückzuziehen; es war gegenstandslos geworden, seit die Schweizer Bevölkerung am 6. 12. 1992 gegen die Ratifizierung des EWR-Abkommens stimmte), **Serbien** (22. 12. 2009; seit 1. 3. 2012 Beitrittskandidat; Beitrittsverhandlungen am 21. 1. 2014 eröffnet) und **Türkei** (12. 4. 1987; seit 10. 12. 1999 Beitrittskandidat; Beitrittsverhandlungen am 4. 10. 2005 eröffnet).

# VEREINTE NATIONEN UND INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

## UN Vereinte Nationen

- 591 Basisdaten
- 591 Ziele und Grundsätze
- 591 Das System der Vereinten Nationen

## Hauptorgane

- 592 Generalversammlung
- 592 Sicherheitsrat
- 592 Wirtschafts- und Sozialrat
- 592 IGH Internationaler Gerichtshof
- 593 Sekretariat

## Nebenorgane (Auswahl)

- 593 UN-Friedenseinsätze und -missionen
- 594 ICTR Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda
- 594 ICTY Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
- 594 CTC Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus
- 595 HRC Menschenrechtsrat
- 595 OCHA Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten
- 595 OHCHR Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte
- 595 UNODC Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung

## Programme und Fonds (Auswahl)

- 596 UNCTAD Welthandels- und Entwicklungskonferenz
- 596 UNDP Entwicklungsprogramm
- 596 UNEP Umweltprogramm
- 596 UNFPA Bevölkerungsfonds
- 596 UN-Habitat Programm für menschliche Siedlungen
- 596 UNHCR Amt des Hohen Flüchtlingskommissars
- 597 UNICEF Kinderhilfswerk
- 597 UNRWA Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
- 597 WFP Welternährungsprogramm

## Weitere Einrichtungen (Auswahl)

- 597 IPBES Zwischenstaatliche Plattform Wissenschaft-Politik für Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen
- 598 IPCC Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen
- 598 ISGH Internationaler Seegerichtshof

- 598 UN Women Einheit für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen
- 598 UNAIDS Gemeinsames Programm für HIV/Aids

## Sonderorganisationen (Auswahl)

- 599 FAO Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation
- 599 ICAO Internationale Zivilluftfahrtorganisation
- 599 IFAD Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung
- 599 ILO Internationale Arbeitsorganisation
- 599 IMO Internationale Seeschiffahrtsorganisation
- 600 ITU Internationale Fernmeldeunion
- 600 IWF Internationaler Währungsfonds
- 601 UNESCO Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur
- 601 UNIDO Organisation für industrielle Entwicklung
- 601 UNWTO Welttourismusorganisation
- 602 Weltbankgruppe
- 602 WHO Weltgesundheitsorganisation
- 603 WIPO Weltorganisation für geistiges Eigentum
- 603 WMO Weltorganisation für Meteorologie

## 603 UN-Chronik

## Internationale Organisationen (Auswahl)

- 608 Amnesty International
- 608 Arabische Liga
- 609 AU Afrikanische Union
- 610 Europarat
- 611 FIFA Weltfußballverband
- 612 G7 Gruppe der Sieben
- 612 G20 Gruppe der 20
- 613 IAEA Internationale Atomenergieagentur
- 614 IGB Internationaler Gewerkschaftsbund
- 614 IOM Internationale Organisation für Migration
- 615 IstGH Internationaler Strafgerichtshof
- 616 NATO Organisation des Nordatlantikvertrags
- 618 OAS Organisation Amerikanischer Staaten
- 619 OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 619 OIC Organisation für Islamische Zusammenarbeit
- 620 OPEC Organisation der erdölexportierenden Länder
- 620 OSZE Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
- 621 ROG Reporter ohne Grenzen
- 622 WTO Welthandelsorganisation

## Mitgliedschaft in den UN, der WTO und Vertragsstaaten des ISTGH<sup>1</sup> (mit Beitrittsjahr)

	UN	WTO	ISTGH		UN	WTO	ISTGH		UN	WTO	ISTGH
Afghanistan	1946	2016	2003	Israel	1949	1995		Panama	1945	1997	2002
Ägypten	1945	1995		Pal. Gebiete	*		2015	Papua-Neuguinea	1975	1996	
Albanien	1955	2000	2003	Italien	1955	1995	1999	Paraguay	1945	1995	2001
Algerien	1962	*		Jamaika	1962	1995		Peru	1945	1995	2001
Andorra	1993	*	2001	Japan	1956	1995	2007	Philippinen	1945	1995	2011
Angola	1976	1996		Jemen	1947	2014		Polen	1945	1995	2001
Antigua u. Barbuda	1981	1995	2001	Jordanien	1955	2000	2002	Portugal	1955	1995	2002
Äquatorialguinea	1968	*		Kambodscha	1955	2004	2002	Ruanda	1962	1996	
Argentinien	1945	1995	2001	Kamerun	1960	1995		Rumänien	1955	1995	2002
Armenien	1992	2003		Kanada	1945	1995	2000	Russland	1945	2012	
Aserbaidshjan	1992	*		Kasachstan	1992	2015		Salomonen	1978	1996	
Äthiopien	1945	*		Katar	1971	1996		Sambia	1964	1995	2002
Australien	1945	1995	2002	Kenia	1963	1995	2005	Samoa	1976	2012	2002
Bahamas	1973	*		Kirgisistan	1992	1998		San Marino	1992		1999
Bahrain	1971	1995		Kiribati	1999			São Tomé u. Príncipe	1975	*	
Bangladesch	1974	1995	2010	Kolumbien	1945	1995	2002	Saudi-Arabien	1945	2005	
Barbados	1966	1995	2002	Komoren	1975	*	2006	Schweden	1946	1995	2001
Belgien	1945	1995	2000	Kongo, DR	1960	1997	2002	Schweiz	2002	1995	2001
Belize	1981	1995	2000	Kongo, Rep.	1960	1997	2004	Senegal	1960	1995	1999
Benin	1960	1996	2002	Korea, DVR	1991			Serbien	2000	*	2001
Bhutan	1971	*		Korea, Rep.	1991	1995	2002	Seychellen	1976	2015	2010
Bolivien	1945	1995	2002	Kosovo				Sierra Leone	1961	1995	2000
Bosnien u. Herzeg.	1992	*	2002	Kroatien	1992	2000	2001	Simbabwe	1980	1995	
Botsuana	1966	1995	2000	Kuba	1945	1995		Singapur	1965	1995	
Brasilien	1945	1995	2002	Kuwait	1963	1995		Slowakei	1993	1995	2002
Brunei	1984	1995		Laos	1955	2013		Slowenien	1992	1995	2001
Bulgarien	1955	1996	2002	Lesotho	1966	1995	2000	Somalia	1960	*	
Burkina Faso	1960	1995	2004	Lettland	1991	1999	2002	Spanien	1955	1995	2000
Burundi	1962	1995	2004–17	Libanon	1945	*		Sri Lanka	1955	1995	
Cabo Verde	1975	2008		Liberia	1945	2016	2004	St. Kitts und Nevis	1983	1996	2006
Chile	1945	1995	2009	Libyen	1955	*		St. Lucia	1979	1995	2010
China, Rep.	1945 – 71	2002		Liechtenstein	1990	1995	2001	St. Vincent u. d. G.	1980	1995	2002
China, VR	1971	2001		Litauen	1991	2001	2003	Südafrika	1945	1995	2000
Costa Rica	1945	1995	2001	Luxemburg	1945	1995	2000	Sudan	1956	*	
Côte d'Ivoire	1960	1995		Madagaskar	1960	1995	2008	Südsudan	2011	*	
Dänemark	1945	1995	2001	Malawi	1964	1995	2002	Suriname	1975	1995	2008
Deutschland	1973	1995	2000	Malaysia	1957	1995		Swasiland	1968	1995	
Dominica	1978	1995	2001	Malediven	1965	1995	2011	Syrien	1945	*	
Dominikan. Rep.	1945	1995	2005	Mali	1960	1995	2000	Tadschikistan	1992	2013	2000
Dschibuti	1977	1995	2002	Malta	1964	1995	2002	Tansania	1961	1995	2002
Ecuador	1945	1996	2002	Marokko	1956	1995		Thailand	1946	1995	
El Salvador	1945	1995	2016	Marshallinseln	1991		2000	Timor-Leste	2002	*	2002
Eritrea	1993			Mauretanien	1961	1995		Togo	1960	1995	
Estland	1991	1999	2002	Mauritius	1968	1995	2002	Tonga	1999	2007	
Fidschi	1970	1996	1999	Mazedonien	1993	2003	2002	Trinidad u. Tobago	1962	1995	1999
Finnland	1955	1995	2000	Mexiko	1945	1995	2005	Tschad	1960	1996	2007
Frankreich	1945	1995	2000	Mikronesien	1991			Tschechische Rep.	1993	1995	2009
Gabun	1960	1995	2000	Moldau	1992	2001	2010	Tunesien	1956	1995	2011
Gambia	1965	1996	2002	Monaco	1993			Türkei	1945	1995	
Georgien	1992	2000	2003	Mongolei	1961	1997	2002	Turkmenistan	1992		
Ghana	1957	1995	1999	Montenegro	2006	2012	2006	Tuvalu	2000		
Grenada	1974	1996	2011	Mosambik	1975	1995		Uganda	1962	1995	2002
Griechenland	1945	1995	2002	Myanmar	1948	1995		Ukraine	1945	2008	
Großbritannien	1945	1995	2001	Namibia	1990	1995	2002	Ungarn	1955	1995	2001
Guatemala	1945	1995	2012	Nauru	1999		2001	Uruguay	1945	1995	2002
Guinea	1958	1995	2003	Nepal	1955	2004		Usbekistan	1992	*	
Guinea-Bissau	1974	1995		Neuseeland	1945	1995	2000	Vanuatu	1981	*	2011
Guyana	1966	1995	2004	Nicaragua	1945	1995		Vatikanstadt	*	*	
Haiti	1945	1996		Niederlande	1945	1995	2001	Venezuela	1945	1995	2000
Honduras	1945	1995	2002	Niger	1960	1996	2002	Ver. Arab. Emirate	1971	1996	
Indien	1945	1995		Nigeria	1960	1995	2001	USA	1945	1995	
Indonesien	1950	1995		Norwegen	1945	1995	2000	Vietnam	1977	2007	
Irak	1945	*		Oman	1971	2000		WeiBrussland	1945	*	
Iran	1945	*		Österreich	1955	1995	2000	Zentralafrikan. Rep.	1960	1995	2001
Irland	1955	1995	2002	Pakistan	1947	1995		Zypern	1960	1995	2002
Island	1946	1995	2000	Palau	1994						

<sup>1</sup> Internationaler Strafgerichtshof \* Beobachterstatus

## Amnesty International



**Gründung:** 28. 5. 1961 in London als unabhängige Menschenrechtsorganisation ■ **Sitz:** Sekretariat in London (Großbritannien) ■ **Aufgaben:** Weltweiter Einsatz für die Freilassung und Unterstützung von Personen, die unter Missachtung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen wegen ihrer Überzeugung, ethnischen Herkunft, Sprache, wegen ihres Glaubens oder ihres Geschlechts inhaftiert sind und Gewalt weder angewandt noch befürwortet haben; gegen Folter und Todesstrafe, das Verschwindenlassen von Menschen und extralegale Hinrichtungen ■ **Unterstützer:** mehr als 7 Mio. Unterstützer in über 150 Staaten und Gebieten, organisiert in selbstständigen Sektionen; in Deutschland hat Amnesty rd. 165 000 Mitglieder und Spender in rd. 600 Gruppen ■ **Organe:** Globale Versammlung (jährlich) aus Vertretern der weltweiten Sektionen (je 3 Delegierte); **Internationaler Vorstand** aus 9 Mitgliedern, Vorsitzende: Mwikali Muthiani (Kenia); Internationales Sekretariat mit **Generalsekretär:** Salil Shetty (Indien), seit 1. 7. 2010 ■ **Personal:** (Internationales Sekretariat): rd. 500 hauptamtliche und rd. 100 ehrenamtliche Mitarbeiter ■ **Haushalt:** rd. 290 Mio. € (2017) plus Eigenmittel der Sektionen ■ [www.amnesty.org](http://www.amnesty.org)

**CHRONIK** In dem am 22. 2. 2018 veröffentlichten Amnesty International Report 2017/18, der die weltweite Lage der Menschenrechte in den Fokus nimmt, wurde berichtet, dass weltweit 312 Menschen getötet worden seien, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzten.

Nach dem am 12. 4. 2018 vorgelegten Bericht **Hinrichtungen und Todesurteile 2017** sank die Zahl der Hinrichtungen weltweit von 1032 im Jahr 2016 auf 993 im Jahr 2017 (-3,8%). Dafür zeichneten insg. 23 Staaten verantwortlich, v. a. Iran (507 Hinrichtungen), Saudi-Arabien (146), Irak (125) und Pakistan (60). Allerdings sind in dieser Bilanz keine Zahlen aus der VR China enthalten. Geschätzt wird, dass es sich hier um Tausende weitere Fälle handelt. Die Zahl der Todesurteile sank laut Amnesty International 2017 auf 2591 (2016: 3117). Guinea und die Mongolei schafften die Todesstrafe im Berichtszeitraum ab; 106 Staaten haben diesen Schritt mittlerweile vollzogen.

2017 gerieten auch Mitarbeiter von Amnesty International selbst ins Visier: Im Juni wurde der Leiter der türkischen Sektion, **Taner Kılıç**, unter dem Vorwurf der Unterstützung der Gülen-Bewegung festgenommen. Er sitzt seither in Haft (→ **Türkei**). Am 5. 7. wurde die Direktorin der türkischen Sektion, **İdil Eser**, gemeinsam mit weiteren Menschenrechtlern wegen vermeintlicher Unterstützung einer terroristischen Organisation ebenfalls verhaftet. Sie wurden am 25. 10. teilweise unter Auflagen wieder freigelassen.

## Arabische Liga

Jāmi'at al-duwal al-arabiya; League of Arab States (LAS); Ligue des Etats Arabes (LEA)



**Gründung:** 22. 3. 1945 in Kairo (Ägypten) ■ **Sitz:** Kairo ■ **Aufgaben:** Förderung engerer politischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit; Schlichtung innerarabischer Streitfälle bei Wahrung der Souveränität der Mitgliedstaaten; Anerkennung Palästinas als unabhängiger Staat (zentrales politisches Ziel) ■ **Mitglieder:** 22 Staaten (→ Karte): Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Komoren, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Palästina, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien (seit 2011 suspendiert), Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate; **Beobachter:** Brasilien, Eritrea, Indien, Venezuela ■ **Organe:** **Ligarat** tagt halbjährlich als Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs; Entscheidungen üblicherweise im Konsens; **Arabisches Parlament** mit beratender Funktion (88 Abgeordnete, 4 je Mitgliedsland); Generalsekretariat mit **Generalsekretär:** Ahmed Abul Gheit (Ägypten), seit 1. 7. 2016; zahlreiche **Sonderorganisationen** wie u. a. Arab Fund for Economy and Social Development (AFESD) und Arab Monetary Fund (AMF) ■ **Personal:** ca. 500 Mitarbeiter ■ [www.lasportal.org](http://www.lasportal.org)

**CHRONIK** Am 9. 12. 2017 kamen die Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga zu einem **Sondertreffen in Kairo** (Ägypten) zusammen, nachdem die → **Vereinigten Staaten von Amerika** Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt hatten. Es wurden Forderungen laut, im Gegenzug den Staat Palästina mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem anzuerkennen.

Die Jerusalem-Frage stand auch im Mittelpunkt des **29. Gipfeltreffens** der Arabischen Liga am 15. 4. 2018 in der saudi-arabischen Stadt Dhahran. Saudi-Arabiens König Salman bin Abdelasis Al Sa'ud taufte das Treffen kurzerhand in »Jerusalem-Gipfel« um und kündig-



## **Weltwirtschaft**

- 624 Wirtschaftsentwicklung
- 626 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- 630 Globalisierung
- 630 Welthandel
- 633 Deutscher Außenhandel
- 633 Ausländische Direktinvestitionen
- 635 Staatsverschuldung
- 637 Finanzmärkte
- 639 Weltwährungsfragen und Devisenmärkte
- 639 Geldpolitik
- 640 Kapitalmärkte

## **Staaten und Regionen**

- 641 Industriestaaten
- 642 Eurozone
- 643 Frankreich
- 644 Großbritannien
- 644 Italien
- 645 Spanien
- 645 USA
- 646 Kanada
- 647 Japan
- 647 Australien
- 648 Transformationsländer
- 649 Russland
- 650 Entwicklungs- und Schwellenländer
- 652 Süd-, Ost- und Südostasien
- 653 VR China/ Republik China (Taiwan)
- 653 Indien
- 654 Nigeria
- 655 Mittel- und Südamerika
- 655 Brasilien
- 656 Mexiko
- 656 Niedrigeinkommensländer

## **Ernährung und Rohstoffe**

- 659 Ernährung im globalen Überblick
- 660 Agrarerzeugnisse
- 660 Überblick
- 660 Holzwirtschaft
- 661 Fischfang
- 661 Fleisch
- 662 Getreide
- 663 Ölfrüchte
- 663 Landwirtschaft in Deutschland

- 664 Rohstoffmärkte im globalen Überblick
- 667 Bergbau-Erzeugnisse
- 667 Eisenerz
- 667 Gold
- 668 Kupfer
- 669 Diamanten
- 669 Palladium
- 670 Rohstoffe für Hochtechnologie

## **Energie**

- 671 Verbrauch und Vorräte
- 673 Energieverbrauch in Deutschland
- 674 Energiewirtschaft
- 675 Energieträger
- 675 Erdöl
- 677 Erdgas
- 678 Kohle
- 679 Uran
- 680 Kernenergie
- 681 Erneuerbare Energieträger
- 683 Elektrischer Strom

## **Industrie**

- 684 Globaler Überblick
- 684 Industriestaaten
- 686 Industrie in Deutschland
- 686 Entwicklungs- und Schwellenländer
- 687 Produktionszahlen und Branchenübersichten
- 687 Chemische Industrie
- 688 Elektroindustrie
- 689 Kraftfahrzeugindustrie
- 690 Maschinenbau

## **Dienstleistungen**

- 691 Globale Entwicklung des tertiären Sektors
- 692 Einzelhandel
- 693 Unternehmensorientierte Dienstleistungen
- 694 Immobilienmärkte
- 696 Verkehr
- 697 Straßenverkehr
- 698 Schienenverkehr
- 699 Schifffahrt
- 700 Luftverkehr
- 702 Fahrradverkehr
- 703 Tourismus
- 704 Telekommunikation und Medien
- 705 IKT-Nutzung in Deutschland

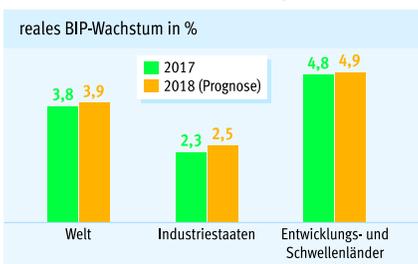
## Wirtschaftsentwicklung

Die Weltwirtschaft erlebte im Zeitraum 2017/18 einen kräftigen Aufschwung. Die globale Konjunktur profitierte insbesondere von dem Impuls durch die Steuerreform der US-Regierung. Die Konjunktur in der Eurozone verbesserte sich leicht, und die Gefahr einer Rezession schwächte sich weiter ab. Das Wachstum bleibt jedoch nicht stabil: Weltweit dämpften ökonomische und politische Unsicherheiten sowie wachsende Risiken auf den Finanzmärkten die Wirtschaftsprognose. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für die Jahre 2018 und 2019 ein **globales Wachstum** von 3,9 %. Dies wäre der stärkste Zuwachs seit 2010, als sich die Industriestaaten von der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 erholten. Die Prognose steht jedoch unter dem Vorbehalt, dass sich die gegenwärtigen Handelsstreitigkeiten nicht weiter verschärfen. Gleichzeitig warnt der IWF vor erheblichen Risiken für die globale Konjunktur und geht mittelfristig von einer schrittweisen Verlangsamung des Wachstums aus. Die Abschwächung ist größtenteils auf die Industriestaaten zurückzuführen.

Das Wachstum in den **Industriestaaten** fiel 2017 mit 2,3 % spürbar höher aus als im Vorjahr (2016: +1,7 %; 2015: +2,3 %). Während der IWF 2018 mit einem nochmals höheren Wachstum (+2,5 %) rechnet, deuten die Prognosen für 2019 (+2,2 %) jedoch auf eine langfristige Abschwächung der Konjunktur hin. Eine hohe → Staatsverschuldung und → Arbeitslosigkeit, die ungünstige demografische Entwicklung und das damit verbundene Absinken des Anteils der arbeitenden Bevölkerung sowie ein niedriges Produktivitätswachstum werden als Hemmnisse der Wirtschaftsentwicklung in vielen Industriestaaten gesehen.

Die Erholung in der **Eurozone** nahm 2017 mit einem Wirtschaftswachstum von +2,3 % an Fahrt auf. Für 2018 erwartet der IWF ein Wachstum von 2,4 %, welches die höchste Wachstumsrate seit 2007 wäre. Der Aufschwung wurde v. a. durch eine lockere Geldpolitik,

### Wachstum der Weltwirtschaft nach Regionen



Quelle: IWF 2018

eine gestiegene Binnen- und eine verbesserte Auslandsnachfrage begünstigt. Die Erholung verläuft jedoch nur langsam und wird von der weiterhin hohen → Arbeitslosigkeit, der starken Verschuldung vieler Euro-Staaten und privater Haushalte sowie geringer Produktivität und Investitionstätigkeit gebremst, so dass für die kommenden Jahre mit einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums gerechnet wird. So prognostiziert der IWF u. a. für Deutschland (2018: +2,5 %; 2019: +2,0 %), Frankreich (2018: +2,1 %; 2019: +2,0 %), Italien (2018: +1,5 %; 2019: +1,1 %) und Spanien (2018: +2,8 %; 2019: +2,2 %) positive, jedoch ab 2019 sinkende Wachstumsaussichten.

Der Aufschwung in den **USA** fiel 2017 mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3 % deutlich stärker aus als im Vorjahr. Auch für 2018 werden mit einem Anstieg des BIP um 2,9 % positive Wachstumsaussichten prognostiziert. Der IWF rechnet jedoch damit, dass der Impuls der Steuerreform in den kommenden Jahren nachlassen und sich das Wachstum wieder verlangsamen wird. **Japans** Wirtschaft, zuvor jahrelang in der Krise, erlebte 2017 einen spürbaren Aufschwung (+1,7 %). Angesichts einer stark abnehmenden erwerbstätigen Bevölkerung rechnet der IWF jedoch damit, dass sich das Wachstum schnell wieder abschwächen wird (2018: +1,2 %; 2019: +0,6 %).

Maßgeblichen Anteil am globalen Wachstum hatten die **Schwellen-, Entwicklungs- und Transformationsländer**. 2017 fiel ihr Wachstum mit 4,8 % merklich höher aus als das der Industriestaaten, und auch für 2018 bzw. 2019 prognostiziert der IWF mit geschätzten +4,9 % und +5,1 % einen weiteren Anstieg des Wirtschaftswachstums. Jedoch gibt es innerhalb dieser Staatengruppe große Unterschiede. Die positiven Wachstumsaussichten sind primär auf die starke Wirtschaftsleistung der Entwicklungs- und Schwellenländer Asiens zurückzuführen, die nach wie vor als wichtigster Treiber der Weltwirtschaft gelten. 2017 betrug der Zuwachs durchschnittlich 6,5 % und auch für die nächsten Jahre fallen die Wachstumsprognosen des IWF deutlich positiv aus (2018: +6,5 %; 2019: +6,6 %). In der → **VR China** fiel das Wachstum 2017 mit 6,9 % leicht höher aus als im Vorjahr. Der IWF rechnet für die nächsten Jahre angesichts mangelnden Kreditwachstums und nachlassender Konjunkturmaßnahmen mit einer leichten Abschwächung der Wirtschaft (2018: +6,6 %; 2019: +6,4 %). Das Wirtschaftswachstum bleibt damit deutlich unter dem Niveau der Vorjahre. Nichtsdestotrotz zählt die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt weiterhin zu den entscheidenden Triebkräften des globalen Wachstums. → **Indien** profitierte von den niedrigen Energiepreisen, die die privaten Haushalte zusätzlich entlasteten und das Realeinkommen

- 707 Klimawandel
- 712 Biologische Vielfalt
- 717 Wälder
- 720 Wasser
- 722 Ozeane
- 725 Umweltchemie
- 727 Nachhaltigkeit

## Klimawandel

Die globale Klimaerwärmung beruht auf der im 19. Jahrhundert entdeckten Eigenschaft der Erdatmosphäre, wie ein Glasdach die Wärmeabstrahlung der Erdoberfläche und der bodennahen Luftschichten in das Weltall zu verringern. Ohne diesen »natürlichen Treibhauseffekt« läge die bodennahe Weltmitteltemperatur heute nicht bei 14,5 °C, sondern bei lebensfeindlichen –18 °C. Zu diesem Effekt tragen Wasserdampf (61 %), Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>, 21 %), bodennahes Ozon (O<sub>3</sub>, 7 %) und andere Gase (11 %) bei. Sowohl die atmosphärische Konzentration dieser Treibhausgase als auch die globale Mitteltemperatur sind natürlichen Schwankungen unterworfen. Dies wird zunehmend überlagert durch menschliche Aktivitäten, die zu einer Anreicherung der Treibhausgase und dadurch zu einer globalen Erwärmung führen (»anthropogener Treibhauseffekt«).

Der 5. Sachstandsbericht (Climate Change 2014) des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, → **Internationale Organisationen**) bilanzierte die Erkenntnisse der weltweiten Klimaforschung mit den Worten: »Die Erwärmung des Klimasystems ist eindeutig, und die Veränderungen seit den 1950er Jahren haben über Jahrzehnte bis Jahrtausende nicht ihresgleichen. Die Atmosphäre und die Ozeane haben sich erwärmt, die Schnee- und Eisbedeckung ist zurückgegangen, der Meeresspiegel und die Konzentration der Treibhausgase ist gestiegen.«

Nach Angaben der Weltmeteorologie-Organisation (WMO) ist der Erwärmungstrend ungebrochen. 2017 war eines der drei wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen und das wärmste, das nicht durch einen El Niño beeinflusst wurde. Die globale Durchschnittstemperatur lag 1,1 °C über dem vorindustriellen Mittelwert; das Fünfjahresmittel 2013–17 war das bisher höchste, das je gemessen wurde. Die neun wärmsten Jahre lagen alle nach 2005, die fünf wärmsten Jahre nach 2010. Seit dem starken El Niño 2015/16 sind die Temperaturen an der Meeresoberfläche gesunken, sie lagen aber 2017 im globalen Mittel immer noch an dritter Stelle seit Beginn der Aufzeichnungen.

## Deutschlandwetter 2017/18

Die Mitteltemperatur lag nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes wie 2016 mit 9,6 °C um 1,4 °C über dem Mittel (8,2 °C) der international gültigen Referenzperiode 1961–90. Im Vergleich zur jüngeren Referenzperiode 1981–2010 lag die Abweichung bei +0,7 °C. Damit gehört 2017 zu den acht wärmsten Jahren seit Beginn der regelmäßigen Aufzeichnungen 1881. Die höchste Temperatur wurde mit 37,2 °C am 22. 6. 2017 in Trier-Petrisberg gemessen, die niedrigste Nachttemperatur mit –26,3 °C am 7. 1. in Reit im Winkl.

Insgesamt war das Wetter 2017 von Unbeständigkeit geprägt. Auf einen sehr kalten Jahresbeginn folgte ein milder Februar und der wärmste März seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. So hatte sich die Vegetation schon weiter als üblich entwickelt, als es ab Mitte April ungewöhnlich kalt wurde, z. T. fiel Schnee bis ins Flachland. Frost führte in den Nächten 19.–21. 4. in einigen Regionen zu teilweise erheblichen Schäden in Wein- und Obstkulturen. Der Sommer war im Süden heiß, im Norden eher kühl. Der Oktober gehörte zu den wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.



Schneebedeckte Frühlingsblumen im April 2017

Nach Trockenperioden fiel von Juli bis September und von November bis Jahresende viel Niederschlag. Mit rd. 850 l/m<sup>2</sup> lag das Jahresmittel um 8 % über dem langjährigen Mittelwert von 789 l/m<sup>2</sup>. Den meisten Niederschlag verzeichnete der Alpen-Nordrand mit örtlich über 2500 l/m<sup>2</sup>, am trockensten war es am nördlichen Oberrheingraben und im südöstlichen Harzvorland mit weniger als 500 l/m<sup>2</sup>. Die mit 74 cm höchste Schneedecke lag am 16. 1. in Reit im Winkl.

Der Winter 2017/18 begann mild, erst im Februar gab es häufiger Nachtfrost. Die Durchschnittstemperatur lag 1,6 °C über dem Durchschnitt 1961–80 und um 0,7 °C über dem Durchschnitt 1981–2010. Auf einen eher kalten März mit Schnee folgten der wärmste April und der wärmste Mai seit 1881. Im Mai führten Starkregen und Hagel v. a. im Süden zu Schäden, die Trockenheit im Norden und Osten hatte Ernteausfälle zur Folge.

## Statistisches Datenmaterial

Leserbriefe weisen manchmal auf vermeintliche Unstimmigkeiten in den Zahlenangaben des Fischer Weltalmanachs hin. Diese Differenzen resultieren meistens aus der Vielfalt der von der Redaktion benutzten Quellen. Um möglichst zuverlässige Daten über Staaten, Organisationen und Wirtschaft zu erhalten, zieht der Fischer Weltalmanach vorrangig

amtliche Statistiken heran. Deshalb können die jeweiligen Bezugsjahre v. a. bei Staaten mit schwach entwickelter statistischer Infrastruktur auch länger zurückliegen. Da in vielen Staaten und internationalen Organisationen unterschiedliche statistische Konzepte zugrunde gelegt werden, ist das Datenmaterial häufig nicht ohne weiteres vergleichbar.

- **ADB:** Asian Development Bank (Asiatische Entwicklungsbank)
  - **AfDB:** African Development Bank (Afrikanische Entwicklungsbank)
  - **Agglomeration (A):** Ballungsraum; darunter versteht man ein Stadtgebiet mit seinen Umlandgemeinden. Im Fall von Frankfurt kann man z. B. das Rhein-Main-Gebiet (inkl. Darmstadt, Wiesbaden, Mainz) als eine solche Agglomeration bezeichnen. International sind allerdings die Definition der Stadt und damit die Angaben zu deren Bevölkerung nicht einheitlich geregelt.
  - **Alphabetisierungsrate:** Anteil der Erwachsenen über 15 Jahre, die einen kurzen, einfachen Text ihres alltäglichen Lebens lesen, schreiben und verstehen können; meist nur Schätzungen (Quelle: World Development Indicators, Weltbank).
  - **Amtssprache:** Offizielle → Sprache in einem Staat (bei Behörden, Gerichten etc.) oder einer internationalen Organisation.
  - **APEC:** Asia-Pacific Economic Cooperation (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit)
  - **Arbeitslosenquote:** Amtlicher Hauptindikator für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungslage. Man unterscheidet die allgemeine von der speziellen Arbeitslosenquote. Letztere bezeichnet den Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Gesamtheit aller abhängig beschäftigten Erwerbspersonen. Die allgemeine Arbeitslosenquote (die genauer ist als die spezielle) bezeichnet den Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Gesamtheit aller Erwerbspersonen, zu der auch Selbständige und mithelfende Familienangehörige zählen.
- Die Arbeitslosenquote nach der ILO (International Labour Organization) berücksichtigt weder die verdeckte Arbeitslosigkeit (z. B. nicht arbeitslos gemeldete Personen) noch den Anteil der Unterbeschäftigten (Personen, die weniger als 15 Stunden in der Woche arbeiten). (Quellen: ILO; nationale statistische Ämter; Eurostat bei EU-Staaten).
- **Armutsgrenze:** Die in den Basisdaten aufgeführte Kennziffer zum Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung definiert relative Armut als Einkommen, das deutlich unter dem Durchschnitt aller Einkommen

eines Staates liegt (Quelle: World Development Indicators, Weltbank).

- **ASEAN:** Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)
- **AU:** African Union (Afrikanische Union)
- **Auslandsschulden:** Sammelbegriff für alle kurz-, mittel- und langfristigen Verpflichtungen eines Staates gegenüber dem Ausland aus dem Handels- und Kapitalverkehr sowie aus politischen Verpflichtungen wie z. B. Reparationen (→ Staatsverschuldung).
- **Auslandsverschuldung:** Forderungsrechte des Auslands gegenüber einem Staat. Die in den Basisdaten genannte Summe schließt neben privaten und öffentlichen Krediten auch staatliche Entwicklungshilfeforderungen sowie Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank mit ein. Die hohe Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer ist in den letzten Jahren zu einem auch internationalen wirtschaftspolitischen Problem geworden (Quelle: World Development Indicators, Weltbank). → Staatsverschuldung, → Gesamte Auslandsverschuldung
- **Außenhandel:** Grenzüberschreitender Handel, wichtigster Bestandteil der Außenwirtschaft. Er umfasst Ex- und Importe von Waren und Dienstleistungen, die in der Außenhandelsstatistik in tatsächlichen Werten erfasst werden. Im Kapitel Staaten werden Ex- und Importe von Waren angegeben (Quellen: Germany Trade and Invest – Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmanagement; World Development Indicators, Weltbank). Bei führenden Handelsländern wird zusätzlich ihr Anteil am Welthandel aufgeführt (Quelle: Welthandelsorganisation). Dabei bedeutet ↑ einen gestiegenen, ↓ einen zurückgegangenen Anteil am Welthandel.
- **Bevölkerung** → Einwohner
- **Bevölkerungsentwicklung:** Anteil der Gesamtbevölkerung, um den die Bevölkerung eines bestimmten Raumes im jährlichen Schnitt wächst oder abnimmt. Das Wachstum geht auf Geburtenüberschüsse, auf einen positiven Wanderungssaldo oder eine Kombination beider Möglichkeiten zurück. Eine Abnahme bedeutet, dass die → Sterberate höher ist als die → Geburtenrate, oder dass mehr Personen aus- als einge-